



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Thomas Kreuzer, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Klaus Holetschek, Alexander König, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**

### **Energiepolitisches Dreieck für Bayern wahren – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltfreundlichkeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vorschläge im Abschlussbericht der Kohlekommission ohne negative Auswirkungen auf den bayerischen Wirtschaftsstandort umgesetzt werden. Bayerns Bürger und Unternehmen brauchen Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise.

Hierfür braucht es ein konsistentes energiepolitisches Gesamtkonzept auf Bundesebene, das die energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit gleichberechtigt adressiert.

Die Staatsregierung ist aufgefordert, sich hierfür weiterhin einzusetzen und aktiv einzubringen.

Auf Bundesebene müssen die Rahmenbedingungen für einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden – sowohl für zentrale als auch dezentrale Lösungen. Ziel ist, dass vor Ort mehr Wertschöpfung erzielt wird. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann nur synchron mit dem Netzausbau und intelligenter Steuerung erfolgen.

Für Bayern sind regionale Gaskraftwerke unverzichtbar.

Die Staatsregierung ist daher im Besonderen aufgefordert, sich beim Bund für ein Marktdesign mit regionalen Kapazitätsmärkten einzusetzen, damit Investitionsanreize geschaffen und klimafreundliche Gaskraftwerke rentabel betrieben werden können.

### **Begründung:**

Die Staatsregierung hat bereits mehrfach vom Bund ein energiepolitisches Gesamtkonzept gefordert. Diese Forderung hat mit dem Abschlussbericht der Kohlekommission neue Dynamik bekommen.

Die laufende Legislaturperiode im Bund ist konsequent für einen Paradigmenwechsel hin zu einem integrierten und konsistenten Gesamtkonzept zu nutzen, das die energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit gleichberechtigt verfolgt. Dieses Konzept muss die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verbessern, darunter auch eine Ausweitung des „Süd-Kontingents“ bei Wind- und Photovoltaik-Ausschreibungen.